

Rechtslehre

2.3 Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	2
1. Idee und Zweck	2
1.1 SchKG und andere Gesetze der Zwangsvollstreckung.....	2
1.2 Gegenstand des SchKG	2
B. Übersicht Schuldbetreibungsverfahren	3
1. Ablauf des Verfahrens	3
2. Drei Arten von Betreibung	4
3. Anwendungsbereich	4
4. Besprechung in Lektion vom 12.10.2001	5
4.1 Rechtsvorschlag.....	5
4.2 Verzugszinsen.....	5
4.3 Übersicht Verfahren	5
4.4 Betreibung auf Pfandbetreibung.....	6
4.5 Bezahlung einer Schuld.....	6
4.6 Nachlassverfahren (Swissair-Aktualität)	6
4.7 Insolvenzerklärung	7
5. Fälle SchKG	7
5.1 Musterfälle Gruppe A	7
5.2 Musterfälle Gruppe B	8

A. Einführung

Quelle: Hirt, Thomas, Rudin, Johann Christoph, Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, ein Lehrgang für die Praxis, AKAD bei Orell Füssli Verlag, Zürich 1996

1. Idee und Zweck

Wenn der Staat die Selbsthilfe¹⁾ verbietet, dann bleibt ihm nichts anderes, als anstelle des Berechtigten für die Durchsetzung bestehender Rechte zu sorgen. Mittel dazu ist die **Zwangsvollstreckung**.

Das SchKG selbst umschreibt seine Aufgabe wie folgt (SchKG 38/I²):

Art. 38 I²

"Auf dem Wege der Schuldbetreibung werden die Zwangsvollstreckungen durchgeführt, welche auf eine Geldzahlung oder eine Sicherheitsleistung gerichtet sind."

Daraus lässt sich zweierlei ableiten:

1.1 SchKG und andere Gesetze der Zwangsvollstreckung

Das SchKG ist nicht das einzige Gesetz, das sich mit Zwangsvollstreckung befasst. Das ist allerdings auch nicht erstaunlich, denn nicht alle Rechtspositionen bestehen in Ansprüchen auf eine Geldleistung. Unter Umständen ist jemand zu einer ganz anderen Art von Leistung verpflichtet, die auch irgendwie durchgesetzt werden muss. Die entsprechenden Regelungen finden sich überwiegend in kantonalen Gesetzen und nicht in Bundesgesetzen wie dem SchKG.

1.2 Gegenstand des SchKG

Das SchKG befasst sich genau genommen mit zwei Verpflichtungen, mit Geldzahlungen und Sicherheitsleistungen.

- **Geldzahlung:** Hier wird die Situation geregelt, dass jemand einer anderen Person Geld schuldet. Dabei ist es gleichgültig, ob die Person des Gläubigers eine Privatperson oder eine staatliche Behörde ist. Auch der Staat treibt also seine Geldansprüche (z.B. Steuerschulden, Bussen, staatliche Gebühren usw.) mit der Schuldbetreibung ein.
- **Sicherheitsleistungen** sind Geldzahlungen auf ein Sperrkonto zur Absicherung einer möglicherweise bestehenden zukünftigen Schuld. Die Pflicht zur Sicherheitsleistung entsteht entweder durch vertragliche Abmachung, durch gesetzliche Vorschrift oder durch Anordnung eines Richters. Weigert sich der Verpflichtete, die Sicherheitsleistungen einzuzahlen, kann er mit Hilfe der Schuldbetreibung dazu gezwungen werden.

1) Unsere Rechtsordnung lässt Selbsthilfe nur im Falle von Notwehr und der Nothilfe zu.

B. Übersicht Schuldbetreibungsverfahren

1. Ablauf des Verfahrens

1. Einleitungsphase

(Einleitung der Betreibung)

Das Betreibungsverfahren beginnt nicht automatisch, sondern **erst auf Veranlassung des Gläubigers** hin - er muss das **Betreibungsbegehren** an die Betreibungsbehörde richten. Diese stellen dem Schuldner daraufhin den **Zahlungsbefehl** zu. Darin wird der Schuldner aufgefordert, die vom Gläubiger behauptete Schuld entweder innert einer bestimmten Frist zu bezahlen oder sich dagegen zur Wehr zu setzen (**Rechtsvorschlag** zu erheben). Und dem Schuldner wird in Aussicht gestellt, dass die Zwangsvollstreckung weitergeführt wird, falls er nicht handelt.

2. Mittelbeschaffungsphase

(Fortsetzung der Betreibung)

Die Betreibungsbehörden nehmen dem Schuldner Vermögenswerte weg (**Pfändung oder Konkurs**).

Diese Phase des Verfahrens heisst im SchKG **Fortsetzung der Betreibung**. Auch hier muss der Gläubiger wieder aktiv werden; die Betreibungsbehörden pfänden erst, wenn er die Fortsetzung verlangt.

3. Versilberungsphase

(Verwertung)

Hier geht es um die Veräusserung der gepfändeten Gegenstände. Meistens werden sie **durch die Betreibungsbehörden versteigert**. Aus dem Erlös wird der Gläubiger befriedigt. Was übrig bleibt, erhält der Schuldner zurück.

2. Drei Arten von Betreibung

1. Phase: Einleitung der Betreibung verläuft im Wesentlichen für alle Betreibungen gleich (Ausnahme: Wechselbetreibung)		
Betreibung auf Pfändung 2. Phase: Mittelbeschaffung (Fortsetzung) durch Spezialexekution 3. Phase: Versilberung (Verwertung) zur Befriedigung des/der betreibenden Gläubiger/s	Betreibung auf Konkurs 2. Phase: Mittelbeschaffung (Forts.) durch Generalexekution 3. Phase: Versilberung (Verwertung) zur Befriedigung aller Gläubiger	Betreibung auf Pfandverwertung 2. Phase: Mittelbeschaffung entfällt 3. Phase: Versilberung (Verwertung) zur Befriedigung des Gläubigers der pfandgesicherten Forderung

3. Anwendungsbereich

Pfändung	Konkurs	Pfandverwertung
Spezialexekution	Generalexekution	Verwertung Pfandsache
Anwendungsbereich 1. Alle Schuldner, die nicht als Kaufleute od. Handelsgesellsch. dem Konkurs unterstehen. 2. Bei Schuldnern, die dem Konkurs unterstehen für <ul style="list-style-type: none"> - periodische familienrechtliche Unterstützungs- und Unterhaltsleistungen - Ansprüche auf Sicherheitsleistung, - öffentlichrechtliche Forderungen 	Anwendungsbereich 1. Alle Schuldner, die als Kaufleute od. Handelsgesellsch. dem im HR eingetragen sind. 2. Schuldner, die an sich der Betreibung auf Pfändung unterstehen: <ul style="list-style-type: none"> - bei freiwilliger Insolvenzerklärung - bei unbekanntem Aufenthalt und unlauteren Machenschaften auf Begehren des Gläubigers (sofortige Konkurseröffnung) 	Anwendungsbereich Alle pfandgesicherten Forderungen. Ausnahme: Beim Inkasso von Zinsen für grundpfandgesicherte Forderungen kann der Gläubiger wählen, ob Betreibung auf Pfandverwertung oder Betreibung auf Pfändung bzw. Konkurs.

4. Besprechung in Lektion vom 12.10.2001

4.1 Rechtsvorschlag

Formlose mündliche oder einfache schriftliche Erklärung genügt. Muss grundsätzlich nicht begründet werden; es genügt das Wort "Rechtsvorschlag", eine synonyme Erklärung wie "weise Betreibung zurück" oder die blossе Unterschrift im für den RV vorgesehenen Abschnitts des Zahlungsbefehls. Man kann aber auch noch zuwarten und innert Frist von 10 Tagen RV beim Betreibungsamt erheben.

→ Rechtsvorschlag stoppt das Betreibungsverfahren
(es entstehen aber weitere Kosten, bis das Verfahren wieder in Gang kommt durch Rechtsöffnungen)

siehe auch Handout im Griff 3: **Rechtsvorschlag mittels Fax gültig?** - BGE hat das bejaht, denn RV ist ja sogar mündlich gültig.

Was passiert, wenn ich in den Ferien bin? Niemand anders erhebt Rechtsvorschlag, 10tägige Frist ist abgelaufen! → Man hat aber noch Möglichkeit der **Rückforderungsklage** (siehe Verfahrensablauf)

4.2 Verzugszinsen

Verzugszinsen sind zu bezahlen ab Verzug (d.h. nach Mahnung), Zinssatz 5% (gem. Obligationenrecht):

OR Artikel 104

- 1 Ist der Schuldner mit der Zahlung einer Geldschuld in Verzug, so hat er Verzugszinse zu fünf vom Hundert für das Jahr zu bezahlen, selbst wenn die vertragsmässigen Zinse weniger betragen.
- 2 Sind durch Vertrag höhere Zinse als fünf vom Hundert, sei es direkt, sei es durch Verabredung einer periodischen Bankprovision, ausbedungen worden, so können sie auch während des Verzuges gefordert werden.
- 3 Unter Kaufleuten können für die Zeit, wo der übliche Bankdiskonto am Zahlungsorte fünf vom Hundert übersteigt, die Verzugszinse zu diesem höheren Zinsfusse berechnet werden.

4.3 Übersicht Verfahren

siehe Tafel 5

Definitive Rechtsöffnung (SchKG Art. 80):

Gibt's dann, wenn ein Urteil vorhanden ist. Es hat also bereits einmal ein Richter in dieser Forderungssache entschieden ("res iudicata" = entschiedene Rechtssache, Einsprachemöglichkeiten nun keine mehr)

Möglichkeit für Schuldner? - (siehe SchKG Art. 81)

→ Schuld bezahlen. Tilgung geltend machen.

Dann kann keine Rechtsöffnung und Weiterführung des Betreibungsverfahrens mehr gemacht werden.

Rückforderungsklage (SchKG Art. 86):

1 Jahr Frist, nach Abschluss eines Betreibungsverfahrens. Schuldner hat diese Möglichkeit (= ordentlicher Prozess), um alle denkbaren möglichen Beweise (Zeugen, Urkunden, Gutachten u.v.m.) einzubringen [Grundsatz: behaupten - belegen - beweisen].

Provisorische Rechtsöffnung (SchKG Art. 82):

Man kann nur **öffentliche Urkunden** oder durch Unterschrift bekräftigte **Schuldanerkenntnisse** einbringen (im Gegensatz zu einem ordentlichen Prozess bei der Rückforderungsklage).

Schuldanerkenntnisse sind z.B. eine akzeptierte Offerte (Unterschrift darf auch auf einem zweiten Dokument sein, durch Zusammenhang erfüllt).

Die Rechtsöffnung erfolgt durch ein abgekürztes (summarisches) Gerichtsverfahren (Parteien im Viertelstundentakt von Gericht abgehandelt). Es handelt sich nicht um ein ordentliches Gerichtsverfahren, es besteht deshalb noch die Möglichkeit auf eine ausgiebige ordentliche Untersuchung (mit allen Beweismöglichkeiten, vgl. Rückforderungsklage).

Aberkennungsklage (SchKG 83 II):

Ist ebenfalls ordentlicher Prozess ["**ordentlicher negativer Feststellungsprozess**"];

(falls keine Aberkennungsklage erfolgt, besteht am Schluss des Verfahrens immer noch die Möglichkeit des ordentlichen Prozesses, nämlich mit der Rückforderungsklage).

aus Spühler/Stücheli/Pfister, Band 1, Seite 68:

"" (HAC zitieren)

→ Wann wird nicht eingetreten, wann abgewiesen?

HAC im Buch nachlesen

Frist für Rechtsöffnung? - Frühestens 20 Tage und spätestens ein Jahr nach Zustellung des ZB kann Gläubiger das Fortsetzungsbegehren stellen (SchKG 88 I und II). Nach einem Jahr kann man also nichts anderes tun als Gläubiger, als eine neue Betreibung einzuleiten.

4.4 Betreibung auf Pfandbetreibung

Stäheli S. 135:

Bei der Betreibung auf Pfandverwertung wurde das Vollstreckungssubstrat schon vor der Betreibung durch privatrechtliches Geschäft (Pfandvertrag) oder kraft Gesetz bestimmt. Es bedarf deshalb nach dem Einleitungsverfahren keiner Pfändung, sondern der betreffende Pfandgegenstand (und nur dieser!) kann direkt verwertet werden.

Die Betreibung auf Pfandverwertung ist reine Spezialexécution, ein Anschluss und die Bildung von Pfändungsgegenständen ist nicht möglich.

4.5 Bezahlung einer Schuld

BGE: Es reicht bereits aus, wenn ich die Geldschuld zur Bezahlung angewiesen habe (gilt als erfolgt, wenn Einzahlung bei Post oder Bank gemacht ist). Das Geld muss noch nicht beim Gläubiger angekommen sein.

4.6 Nachlassverfahren (Swissair-Aktualität)

siehe Handouts (2 Zeitungsartikel): v.a. das, was in der Mitte (im Kästchen) steht

siehe auch Spühler/Pfister (Teil II), Seite 87 ff.

Soll dazu dienen, dass die Unternehmung weitergeführt werden kann. Man hat mehr Zeit, um Fortbestand der Unternehmung zu garantieren und um im Hinblick auf Konkurs nicht Werte zu verlieren, wenn man zu schnell vorwärts machen würde. (Fortsetzungswerte)

siehe Elfter Titel: Nachlassvertrag

Art. 293

Einzelrichter → Nachlassvertrag → Einstellung eines Sachwalters (bei Swissair-Konkurs: Wüthrich)

Problem:

- Einen einzigen Sachwalter für alle Swissair-Firmen = Interessenskonflikt, da Tochterfirmen gegenseitige Ansprüche haben
 - Für jede Tochterfirma einen Sachwalter bestellen = Kommunikations-/Koordinationsprobleme
- Richter muss bis ins kleinste Detail der operativen Tätigkeit kontaktiert werden (vor jedem Kauf von Kopierpapier müssen MA zum Richter rennen) → wird beinahe unmachbar

4.7 Insolvenzerklärung

Privater Schuldner wird besser gestellt, wenn er sich freiwillig der Betreibung auf Konkurs unterstellt.

siehe Buch Teil II, ab S. 18

5. Fälle SchKG

5.1 Musterfälle Gruppe A

1 a)	Betreibung ist beim Betreibungsamt am ordentlichen Wohnort einer natürlichen Person ("Ort des Lebensmittelpunktes") des Schuldners einzuleiten.	SchKG 46 I & II i.V. mit SchKG 67 SchKG 46 IV für Liegenschafteneigentum
1 b)	Frist zur Zustellung des Zahlungsbefehls: Artikel 71 Die Zustellung des ZB an den Schuldner hat spätestens an dem auf den Eingang des Betreibungsbegehrens folgenden Tage zu geschehen	SchKG 71
1 c)	Telefonischer Rechtsvorschlag ist gültig (siehe BGE Entscheid zu RV mittels Fax), sofern er sich am Telefon eindeutig identifizieren kann.	(SchKG 74)
1 d)	Beseitigung des Rechtsvorschlages durch Anerkennungsklage (einer von 3 ordentlichen Prozesse) oder durch Provisorische Rechtsöffnung ("Quittung mit Unterschrift" gilt als Schuldanerkennung des Schuldners.) Die Chancen, dass die provisorische RÖ erteilt wird, stehen gut, da eine Schuldanerkennung vorliegt und der Schuldner wahrscheinlich keine Einwendungen glaubhaft machen wird. RF: Der RV des Schuldners wird provisorisch beseitigt.	SchKG 82
2)	Der Rechtsvorschlag ist im allgemeinen innert 10 Tagen ab Zustellung des Zahlungsbefehls zu erheben (bei der Wechselbetreibung jedoch innert 5 Tagen). Müller hat diese Frist versäumt. Er kann die Betreibung nur noch durch Klage zum Stoppen bringen (richterliche Aufhebung oder Einstellung der Betreibung). Bei unverschuldeter Versäumnis kann der Schuldner um Wiederherstellung der Frist nachsuchen. Er hat dazu innert 10 Tagen seit dem Wegfall des Hinderungsgrunds kumulativ <ul style="list-style-type: none"> - den versäumten Rechtsvorschlag beim Betreibungsamt zu erheben, - ein begründetes Gesuch bei der Aufsichtsbehörde (Kt. ZH: beim Bezirksgericht) einzureichen <p>→ Chancen für Müller stehen aber schlecht, da dieser Artikel sehr restriktiv gehandhabt wird. Müller hat es versäumt, unmittelbar nach Erhalt des Zahlungsbefehls, also noch vor Abreise nach Italien, RV zu erheben</p> <p>Bei schwerer Krankheit des Schuldners kann Betreibungsbeamter die 10tägige Frist für eine bestimmte Zeit Rechtsstillstand gewähren.</p>	SchKG 74 I (SchKG 179 I) SchKG 85, 85a SchKG 33 IV SchKG 61 & 63

3)	<p>Meier kann Rückforderungsklage einreichen:</p> <p>Ist die Betreibung bereits so weit fortgeschritten, dass keine richterliche Aufhebung mehr in Frage kommt, so kann der Schuldner noch innert eines Jahres nach der Zahlung unter dem Druck der Betreibung zu unrecht Bezahlte zurückfordern. Dabei handelt es sich um eine rein materiellrechtliche Forderungsklage auf Rückzahlung. Sie ist verwandt mit der Klage aus ungerechtfertigter Bereicherung bei Bezahlung einer Nichtschuld. Der Unterschied liegt darin, dass der Kläger nicht eine versehentliche freiwillige Zahlung, sondern eine unter dem Druck der Betreibung erfolgte, unfreiwillige Zahlung zurückfordert.</p> <p>(Die Klage wird im ordentlichen Verfahren behandelt - Kt. ZH: i.d.R. zunächst den Friedensrichter aufsuchen. Betreibungsverfahren geht aber der ungerechtfertigten Bereicherung vor!</p> <p>Artikel 63 III: 3 Vorbehalten bleibt die Rückforderung einer bezahlten Nichtschuld nach Schuld-betreibungs- und Konkursrecht.</p> <p>Oder Aberkennungsklage, solange Frist noch nicht abgelaufen ist.</p>	<p>SchKG 86</p> <p>(OR 63)</p>
----	--	--------------------------------

5.2 Musterfälle Gruppe B

1 a)	Zahlungsbefehl	SchKG 69
1 b)	Das blosse Zurücksenden des Zahlungsbefehls kommt nicht dem Erheben des Rechtsvorschlages gleich! Die Praxis verlangt, dass man effektiv "Rechtsvorschlag" auf den Zahlungsbefehl schreibt. Wäre vielleicht anders zu interpretieren, wenn Formular Zahlungsbefehl nicht ein spezielles Feld vorsähe.	
1 c)	Erst wenn der Schuldner nach Erhalt des Zahlungsbefehls Rechtsvorschlag erhoben hat bzw. die Frist zur Erhebung des Rechtsvorschlages ungenutzt abgelaufen ist, wird das Doppel des Zahlungsbefehls (nicht durch formelle Zustellung, sondern durch eingeschriebenen Brief oder gegen Empfangsschein!) dem Gläubiger zugestellt. Auf dem Doppel wird ein allfälliger Rechtsvorschlag vermerkt, so dass der Gläubiger daraus ersehen kann, ob er den Prozessweg beschreiten muss oder nach einer bestimmten Frist direkt die Fortsetzung der Betreibung verlangen kann. Bei RV schickt Betreibungsamt Doppel des ZV unmittelbar weiter, sonst wartet es erst noch die Fristerfüllung ab.	SchKG 70 und SchKG 76
1 d)	Fortsetzungsbegehren (Begehren nach provisorischer Rechtsöffnung) an Betreibungsamt unter Vorweisung der schriftlichen Bestellung und der unterzeichneten Lieferbestätigung.	SchKG 82
1 e)	Aberkennungsklage und definitive Rechtsöffnung durch richterliches Urteil	
2)	Ohne Urkunden oder Schuldanerkenntnisse sind Forderungen auf dem ordentlichen Prozessweg (Anerkennungsklage) einzutreiben. Durch das entsprechende Gerichtsurteil erfolgt die definitive Rechtsöffnung, mit welcher die Fortsetzung der Betreibung erfolgt.	SchKG 79
3)	<p>Betreibung trotz Bezahlung der Forderung:</p> <p>Grundsätzlich hat jedermann, der ein Interesse nachweist, Einsichtsrecht.</p> <p>Nach Artikel III darf keine Auskunft erteilt werden, denn der Schuldner in einer erfolgreichen Aberkennungsklage davon überzeugen konnte, dass er die Forderung beglichen hatte und zu unrecht betrieben wurde (= "Informationssperre von Seiten des Betreibungsamtes gegenüber Dritten).</p> <p>Schuldner kann Einstellung der Betreibung verlangen, wenn er durch Urkunden beweist, dass die Schuld samt Zinsen und Kosten getilgt oder gestundet ist.</p>	<p>SchKG 8</p> <p>SchKG 85 & 85a</p>